Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 2

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bevölkerungspolitik: ein rumänischer Erfolg

Aus der stagnierenden Bevölkerungsentwicklung Osteuropas hat sich Rumänien losgerissen. Innerhalb von einem Jahr haben sich das Verbot von Schwangerschaftsunterbrechungen und die Erschwerung von Scheidung und Verkauf empfängnisverhütender Mittel ausgewirkt: Die Geburtenziffern sind steil angestiegen.

Vor wenig mehr als einem Jahr hatte sich die Regierung über die niedrige Geburtenziffer von 14,3 auf 1000 Einwohner (in Westeuropa liegt sie zwischen 18 und 22) bestürzt gezeigt. In der Folge erliess man, erstmals in einem kommunistischen Land, ein Verbot von Schwangerschaftsunterbrechungen, das nur wenige Ausnahmen gestattete. Gleichzeitig wurden die Scheidungskosten von bisher 500 auf 3000 bis 6000 Ley massiv erhöht, und überdies führte man eine obligatorische Wartefrist von 18 Monaten nach Einreichung einer Scheidungsklage ein.

Laut Angaben der statistischen Zeitschrift «Revista de Statistica» kletterte daraufhin die Geburtenrate in den ersten acht Monaten des Jahres 1967 von 15,4 auf 38,9 Promille. Die Zahlen der letzten Monate liegen noch nicht vor. In den Spitälern fehlt es geradezu an Betten, die niederkommenden Mütter unterzubringen.

Von besonderem Interesse dürften die rumänischen Erfahrungen für das übrige Osteuropa sein, wo die Geburtenziffern stagnieren, wenn nicht sogar fallen. Tief sind die Durchschnittsraten namentlich in der Tschechoslowakei (15 per 1000) und in Ungarn (13,1 per 1000). Bis in die jüngste Zeit hatten diese Länder keine Massnahmen ergriffen, dieser Entwicklung zu begegnen, und im allgemeinen stehen dort Antibaby-Pille und andere Verhütungsmittel in steigendem Umfang zur Verfügung. Inzwischen hat allerdings Bulgarien im Dezember 1967 eine Reihe von Sozialmassnahmen zur Unterstützung kinderreicher Familien erlassen, und in Ungarn ist im verflossenen Jahr möglicherweise der Tiefpunkt der Bevölkerungsentwicklung überwunden worden. Jedenfalls meldete die Stadt Budapest für 1967 eine Geburtenzunahme von 7,8 Prozent gegenüber 1966.

In der Tschechoslowakei dagegen gab die Regierung im Oktober letzten Jahres bekannt, dass auf 100 Geburten durchschnittlich 51 Abtreibungen kommen. In Polen hatte man 1966 eine Zahl von 226 000 Schwangerschaftsunterbrechungen bei 530 000 Geburten registriert.

In allen osteuropäischen Ländern müssen Schwangerschaftsunterbrechungen von einer Aerztekommission gebilligt werden, wozu theoretisch «triftige Gründe» nötig sind. Die rumänischen Erfahrungen legen jedoch den Schluss nahe, dass dieses System nicht richtig funktioniert. In einem Beispiel einer rumänischen Stadt zeigte es sich im November 1965, dass 879 Eingriffe vorgenommen wurden. Im November 1966 hingegen, nachdem die neuen Bestimmungen in Kraft getreten waren, zählte man dort ganze sechs Abtreibungen.

Auch dem osteuropäischen Trend zur Antibaby-Pille hat sich Rumänien widersetzt. Verhütungsmittel dürfen dort nur vom Arzt verschrieben und überhaupt nicht propagiert werden.

Demgegenüber steht das Beispiel der Tschechoslowakei. Im Januar 1967 hatte die Prager Regierung bekanntgegeben, dass die CSSR drittgrösster Hersteller von Antibaby-Pillen sei, unmittelbar hinter den USA und Japan. In Polen, Ungarn und der CSSR wurde die Antibaby-Pille im Verlauf des letzten Jahres allgemein zugänglich gemacht.

Von Rumänien abgesehen steigt in Osteuropa gegenwärtig die Scheidungsziffer, in Polen etwa von 14 000 für 1960 auf 24 000 für 1966 und in der CSSR von 15 000 für 1958 auf 21 000 für 1966.

In Bulgarien tendieren die neuesten Regierungsbeschlüsse dazu, den Bevölkerungsanstieg durch Familienunterstützung zu fördern. Das geschieht nicht nur auf dem Wege von steigenden Kinderzulagen für mehrköpfige Familien und ähnlichen Massnahmen, sondern auch durch eine Verdoppelung der Einkommenssteuern von ledigen Personen über 30 Jahre, geschiedenen Eheleuten und kinderlosen Ehepaaren. Gleichzeitig werden die Möglichkeiten zu Schwangerschaftsunterbrechungen eingeschränkt und verschärfte Strafen für illegale Eingriffe eingeführt.

In Polen: sibirischer Frost

Y. Steht in Polen die Absetzung von Staatspräsident Ochab, Ministerpräsident Cyrankiewicz und Verteidigungsminister Spychalsky bevor?

Mit der Ausweisung amerikanischer und kanadischer Militärattachés sowie mit der Entfachung eines neuerlichen Kirchenkampfes haben sich die polnischen Kommunisten zum Jahresbeginn wiederum in bezeichnender Weise bemerkbar gemacht. Es geschah dies ganz im Sinne des Partisanengenerals und Innenministers M. Moczar, der die letzten Reste des Gomulka-Tauwetters aus den Jahren 1956/57 längst im sibirischen Frost erstarren liess und im Begriffe ist, auch die Exponenten des damaligen Kurses abzuservieren.

Das gilt vor allem für den Staatspräsidenten E. Ochab, der während der schicksalhaften Oktobernacht 1956 in seiner Eigenschaft als KP-Parteisekretär die Macht in die Hände des damals aus dem Warschauer Rakowiecka-Gefängnis (Nr. 37) befreiten W. Gomulka spielte. Im «Trybuna Ludu»-Gebäude, am linken Weichselufer, vollzog sich die Wendung zum polnischen Frühling inmitten eines mit eisiger Spannung geladenen Herbstes.

Als zweiter Mann auf der Abschussliste steht Marschall M. Spychalsky, der seinerzeitige und jetzige Verteidigungsminister. Am 16. Dezember 1956 unterzeichnete er im Palais der Fürsten Radziwill, mit Marschall J. Jukow, das neue Stationierungsabkommen, welches den sowjetischen Truppen in Polen empfindliche Beschränkungen auferlegte. Wenn Ochab den Moczarschen Scharfmacherkurs missbilligt, dann hält es Spychalsky ähnlich mit der Warschauer Anti-Israel-Hetze. Bei Ausbruch des Nahostkrieges weilte nämlich der Marschall just im «Gelobten Land».

Als Dritter im Bunde scheint Ministerpräsident J. Cyrankiewicz anvisiert zu sein. Ein Mann, der in Moskau mutig für die Fürsten Radziwill (Janusz und Christoph) intervenierte, für seine Auschwitzer KZ-Kameraden, die dorthin verfrachtet worden waren, weil sie sich Hitler gegenüber geweigert hatten, eine polnische Satellitenregierung zu bilden.

Derartige Persönlichkeiten über Bord gehen zu lassen liegt heute durchwegs auf der Linie des polnischen politisch-polizeilichen Machtapparates, ebenso wie dessen ungarische Ausgabe seit zwei Jahren am laufenden Bande etwa dieselbe Praxis demonstriert. Warschau ist jedenfalls der Beobachtungsmöglichkeit ferner als Budapest. Dort geht es der westlichen Weltpresse nicht besser wie da, und sogar die beiden einzigen Schweizer Journalisten dürften in beiden Fällen die Segel streichen müssen, nachdem man alles unternommen hat, um ihnen das Leben und die Berichterstattung «sauer» zu machen.

In Kürze

Im Gegensatz zu der von Moskau geleiteten antiisraelischen Politik ist Rumänien bestrebt, seine Beziehungen zu Israel positiv zu gestalten. Dies findet seinen Niederschlag auch in den vor kurzem unterzeichneten drei Wirtschaftsabkommen, die eine wesentliche Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern mit sich bringen werden. Ist das Aussenhandelsvolumen zwischen 1966 und 1967 bereits von 5 auf 7 Millionen Dollar gestiegen, so ist für 1968 eine sprunghafte Steigerung auf 14 Millionen Dollar vorgesehen. Bis 1970 will man einen Umsatz von 17,7 Millionen Dollar erreichen. Der rumänische Aussenhandelsminister Cioara betonte anlässlich der Verhandlungen in seinen Reden die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Wie Staatssekretär Pradescu auf einer Pressekonferenz erklärte, soll auch ein gemeinsames Vorgehen auf dritten Märkten beschlossen worden sein.

*

In der Tschechoslowakei ist ein neues Wahlgesetz angenommen worden, welches den Wählern im Gegensatz zu früher eine gewisse Auswahlmöglichkeit einräumt. Wurde bisher für jedes Mandat nur ein Kandidat aufgestellt, so können jetzt 30 bis 50 Prozent mehr Kandidaten nominiert werden, als Sitze zur Verfügung stehen. Natürlich findet diese Erweiterung im Rahmen der Einheitsliste statt, die nach wie vor in Kraft bleibt.

*

In China wurden 1967 insgesamt 541 Millionen Exemplare von Mao Tsetungs Werken gedruckt. Die Verteilung war dabei folgende: Zitatenbüchlein 350 Millionen, Ausgewählte Werke 87 Millionen, Ausgewählte Lesestücke 47 Millionen, Ausgewählte Gedichte 57 Millionen. Allfällige weitere Ausgaben ausserhalb dieser Standard-Veröffentlichungen müssten zur Gesamtzahl noch zusätzlich gerechnet werden, und auch ausländische Publikationen von Mao-Werken sind in dieser Zusammenstellung nicht enthalten.

Der Neubeginn in Prag

Y. Die Absetzung des bisherigen Parteichefs A. Novotny ist auf der ZK-Sitzung der CSSR-Kommunisten derart blitzartig erfolgt, dass die Pressezentrale für die gesamte Inlands- und Auslandspresse bloss eine einzige Photographie des Nachfolgers, A. Dubcek, zur Verfügung hatte. Dasselbe jugendlich lächelnde, freundliche und sympathisch wirkende Abbild ist sodann auch überall abgedruckt worden, wo das Ereignis der Wachtablösung im Hradschin an jenem Samstag zu lesen stand.

Schon am Vortage allerdings, um 14 Uhr, war die Nachricht per Telephon und Fernschreiber verbreitet worden. Besonders in der Slowakei, wo der neue Parteiführer beheimatet ist, wo an jenem Tage die Apparate heissliefen und wo die Menschen öffentlich feierten. Diese euphorische Stimmung wurde hier und allgemein mit dem Hinweis erklärt, dass Dubceks Machtübernahme das bedeutendste innenpolitische Ereignis darstelle, seitdem die Kommunisten vor 20 Jahren das Gesetz des Handelns in der CSSR bestimmen. Einen Wendepunkt nämlich in dem Sinne, dass jemand das Regierungsruder ergreift, an dessen Hände keinerlei Unbill der verflossenen zwei Jahrzehnte haftet. Dubcek war zu jung und zu unbedeutend, um in den immer noch mysteriösen Tod des Aussenministers Jan Masaryk oder in die Zionistenprozesse von Slansky und Clementis verwickelt zu sein, um für den Niedergang der Wirtschaft verantwortlich zu zeichnen, oder um für die Pragmatisierung der Stalinisten im Staatsapparat den Sündenbock abzugeben.

Von der Prager Warte aus betrachtet, und damit ist auch die nichtoffizielle Oeffentlichkeit gemeint, erscheint die Dubcek-Lösung in psychologisch-politischer Sicht als das letzte Aufgebot in

Das sowjetische Hochschulwesen in Zahlen

Im Schuljahr 1966/67 zählte die Sowjetunion 767 Hochschulen (Schuljahr 1965/1966: 756) und 4 123 000 Studenten (3 861 000). Von diesen entfielen 1 740 000 (1 584 000) auf die Tagesabteilungen, 618 000 (569 000) auf die Abendabteilungen und 1 765 000 (1 708 000) auf die Abteilungen für Fernunterricht.

Die 432 000 Hochschulabsolventen des letzten Schuljahres waren auf folgende Studienrichtungen verteilt: Pädagogik 155 000, Industrie und Bauwesen 150 000, Landwirtschaft 35 000, Nationalökonomie und Recht 35 000, Medizin und Körpererziehung 33 000, Transport und Meldewesen 20 000, Kunst 5000.

1966 arbeiteten in der Volkswirtschaft sowie in den Unterrichts- und Kulturinstitutionen rund 13 Millionen diplomierte Spezialisten mit Hoch- oder Mittelschulbildung, darunter 2,5 Millionen Frauen mit Hochschulbildung. Die UdSSR weist unter allen Ländern den grössten Prozentsatz an Frauen (43 Prozent für 1964) unter den Hochschulstudenten auf. Unter den heutigen 700 000 Wissenschaftern zählt man über 255 000 (38 Prozent) Frauen.

Die führende Stelle zur wissenschaftlichen Forschung ist die Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Sie zählt gegenwärtig 193 wissenschaftliche Institute, welche 25 500 Wissenschafter beschäftigen. Zurzeit zählt man 178 ordentliche und 364 korrespondierende Akademiemitglieder.

Die wissenschaftlichen Institute der Akademie sind im ganzen Land verstreut. Einige von ihnen wurden in den wichtigsten Industriezentren der UdSSR aufgebaut. Von grosser Bedeutung ist namentlich die neue Forschungsstelle in Nowosibirsk. Sie verfügt heute über 40 Institute, die hauptsächlich auf den Gebieten von Mathematik, Physik, Chemie, Biologie und der technischen Wissenschaften tätig sind.

Ueberdies haben die fünfzehn Sowjetrepubliken ihre eigenen Akademien (von denen die ukrainische vorrangig ist), die mit der Unionsakademie in Moskau durch langfristige Forschungspläne verbunden sind.

Neben der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, welche sich hauptsächlich mit Mathematik, Physik, Biologie, den technischen Wissenschaften und den Sozialwissenschaften befasst, gibt es noch eine Unionsakademie für die Agrarwissenschaften, die heute über ein umfangreiches Netz eigener Institute und Forschungsstellen verfügt, sowie eine Akademie der medizinischen Wissenschaften, die 1944 gegründet wurde.

der letzten Stunde der CSSR-Selbstbesinnung. Die Tschechoslowakei ist das einzige Ostblockland, welches gleich zwei Westgrenzen, jene mit der Bundesrepublik und mit Oesterreich, bewältigen muss. Die Märchen vom kommunistischen «Weihnachtsmann» heute hier erfolgreich abzusetzen erscheint darum doppelt schwer. Für Moskau konnte es sich demnach bloss um die Einsetzung eines Mannes handeln, der in der Lage ist, seine Landsleute zum weiteren Stillhalten zu veranlassen, die Zügel behutsam zu lockern und der Bevölkerung ein echteres Mindestmass des künftigen geistigen und materiellen Wohlergehens glaubhaft zu machen. In diesem Zusammenhang weist man darauf hin, dass die Prager akademische Jugend, schon vor Novotnys Absetzung, mit ihren Forderungen gegenüber der Polizei durchgedrungen ist, dass die gemassregelten Schriftsteller und Intellektuellen jetzt mit einem politischen Frühling rechnen können und dass die ökonomische Sanierung der Wirtschaft nunmehr tatsächlich im Sinne des Dubcek-Freundes Professor Ota Sik in Angriff genommen werden kann, nämlich auf Grund einer echteren Arbeitsdisziplin und eines gerechteren Lohnsystems. Novotny alle Schuld für die Vergangenheit in die Schuhe schieben ist wohl auch in der CSSR Mode, aber ungerecht, da die Tschechoslowakei während der verflossenen zwei Jahre, nach Jugoslawien und Rumänien, immer noch als das aufgeschlossenste osteuropäische Land betrachtet werden konnte.

Nach Tito und Ceausescu steht gewiss Dubcek an dritter Stelle der Oststaaten-Führer mit denen es sich für die nichtkommunistische Welt lohnt, Kontakte zu pflegen. Gewiss wird sich der neue Mann in Prag mit der Umbildung des Staatsapparates Zeit lassen, Zeit lassen müssen, um seine Leute allmählich, unauffällig zum Zuge zu bringen. Die Bewältigung der nahen und entfernten Vergangenheit in der CSSR auf einen Schlag zu erwarten, wäre falsch. Einsichtige Beobachter wünschen auch nicht, dass sich Dubcek durch übergrosse Eile dem Selbstverschleiss hingebe, da sie mit ihm rechnen wollen, wenn es gelten wird, die Beziehungen zum Westen, zu den Neutralen, zur katholischen Kirche, zur EWG auf eine neue Grundlage zu setzen. Niemand lässt heute in der CSSR einen Zweifel daran, dass diese Punkte ernsthaft im Arbeitsprogramm für 1968 aufscheinen.

OVOMALTINE
um mehr zu leisten!
warm kalt frappée

Literatur als Politik langweilt

Kritik am Literaturunterricht in der DDR übt eine Analyse des ostdeutschen Pädagogen Wolfgang Kohl. Die Hauptschwäche liegt seiner Meinung nach in der Tendenz zum soziologischen Schematismus. Das literarische Werk werde als Mittel zur Illustration der Geschichte benutzt.

Insbesondere heisst es in der Analyse: «Der soziologische Schematismus führt zu Gleichförmigkeit und gähnender Langeweile im Literaturunterricht. Er verhindert die allseitige Erschliessung der ideellen, ästhetischen und emotionalen Gehaltes des literarischen Werkes und entfremdet den Schüler von der Kunst der Literatur.» Das Kunstwerk sei tot, wenn sich die Behandlung im Unterricht in einer nackten und dürren Interpretation des Ideengehaltes erschöpfe. Die von den sprachlichen und kompositorischen, das heisst künstlerischen Mitteln losgelöste Erarbeitung der Aussage, das vorschnelle Verlassen des literarischen Geschehens verwandle den Literaturunterricht in einfache Geschichts- und Staatsbürgerkunde. Das literarische Werk diene nur als Aufhänger zur Erarbeitung bestimmter weltanschaulicher Probleme. Diese Arbeitsweise verleide den Schülern das Interesse an der Literatur.

Kohl wirft in diesem Zusammenhang den Lehrern «unzureichende Kenntnisse auf dem Gebiete der Aesthetik» vor. Die Schüler müssten «endlich daran gewöhnt werden, einen Roman, ein Gedicht oder welche literarische Kunstgattung es auch immer sein mag, auch durch das Auge der Formbetrachtung zu sehen».

Um das Prinzip der Geldentlöhnung

Das materielle Reizmittel Geld soll für Kuba abgeschafft werden. So liess Fidel Castro in einem Interview wissen, das er Herbert Matthew für die Zeitschrift «War Peace Report» gab. Er hat damit die Thesen «Ché» Guevaras aus dem Jahre 1964 wieder aufgegriffen, der die Schaffung eines neuen Menschentyps in Kuba gefordert hatte. Nur noch aus «sozialistischem Bewusstsein» sollten die neuen Menschen Kubas arbeiten.

Miguel Martin, der seit dem Herbst 1966 den Posten des Generalsekretärs des Kubanischen Arbeiterverbandes CTC bekleidet, hat die ersten Massnahmen in dieser Richtung erklärt und kommentiert.

Er tat das in der kommunistischen Parteizeitung «Granma» unter der Ueberschrift «Für die Entwicklung des proletarischen Bewusstseins». Bisher hatte Kuba das System angewendet, wie es auch die Sowjetunion und die anderen kommunistisch regierten Staaten tun: das System des «sozialistischen Wettkampfes», bei dem Prämien zur Uebersollerfüllung anreizen. Aber heute kritisiert man auf der karibischen Zuckerinsel die Vorbilder von gestern, die «Helden der Arbeit», die mit Prämien und Privilegien dekoriert werden. Das «proletarische Bewusstsein», so heisst es, werde durch solche Stimulantien beleidigt.

Miguel Martin erklärt, das alte (sowjetische) System sei in einer «viel zu steifen und bürokratischen Weise» angewendet worden. Es habe zur «Ueberspanntheit extravaganter Personen» geführt, dem Durchschnittsarbeiter aber nichts geboten. In einem anderen, gleichfalls in der KP-Zeitung erschienenen Artikel brachte Martin ein Beispiel. Die Organisation von Sonderbrigaden für die Zuckerrohrernte, Brigaden, «auf die wir unsere ganze Propaganda konzentrieren und Privilegien schütteten», habe unlösbare politische Konflikte mit den übrigen Arbeitern geschaffen. Auch dass eine Flut von Protestbriefen sich gegen den Titel «Nationaler Held der Arbeit» gewandt hätte, führt der CTC-Generalsekretär an. Von jetzt an würde die Belohnung anders aussehen. Eine «kollektive Bewegung», die nicht mehr von materiellen Reizen, wie Geld, Prämien oder Bezugscheinen, sondern vom «moralischen» Anreiz gestützt werde, solle das Bewusstsein der Arbeiter für die Produktionssteigerung stärken. Die Bewegung soll «Movimiento de Avanzada» heissen. Wer «avanzado» werden will, muss folgende Bedingungen erfüllen: seine Norm übererfüllen, niemals fehlen, «freiwillige» Arbeitsschichten leisten, und zwar ohne jedes materielle Entgelt. Der Arbeiter darf, laut Martin, künftig seine Arbeit nicht mehr «wie eine Warenleistung» ansehen, sondern nur noch als seinen selbstverständlichen Beitrag zum Aufbau der neuen kommunistischen Gesellschaftsordnung.

«Granma» nennt ein Exempel. In der Zementfabrik Nuevitas in der Provinz Camaguey habe man zuviel «materielle Stimulantien», nämlich zuviel Geld für wenig Arbeit, gezahlt. Die Kommunistische Partei entsandte Funktionäre, um den Missstand zu beseitigen. Das alte System wurde aufgegeben. Die Zementarbeiter müssen jetzt ihre Normen «ehrenhalber» erfüllen. Mehr Arbeit, aber weniger Geld, — fordert also der Gewerkschaftsgeneralsekretär in einer Gesellschaftsordnung, die Karl Marx als ihren Stammvater beansprucht.